

Fuldaer Zeitung

Gegründet 1874

Ausgabe vom 8. September 2012

KOLUMNE

EZB öffnet die Büchse der Pandora

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat diese Woche endgültig alle geldpolitischen Schleusen geöffnet. Künftig werden auch in Europa ungeniert mit der Notenpresse direkt Staatsschulden finanziert. Denn nichts anderes stellt im Ergebnis der unbegrenzte Kauf von Staatsanleihen der Krisenländer durch die EZB dar, um deren Zinsen zu senken. Mit diesem Aufkaufprogramm der Notenbank wird vor allem der politische Reformdruck in Griechenland, Italien, Spanien oder anderswo rasch erlahmen.

Dabei hat die Notenbank nach Buchstaben und Geist ihrer Gründungsakte genau für dieses Anleihen-Kaufprogramm kein Mandat. Sie ist ausschließlich der Geldwertstabilität verpflichtet. Doch die europäische Politik – und inzwischen auch die Zentralbanker – scheren sich längst nicht mehr um die Einhaltung des Rechts. Maastricht war gestern, die „No-Bail-out“-Festschreibung in den europäischen Verträgen, die verhindern sollte, dass solide Staaten für Schuldenstaaten haften, ist Makulatur. Und jetzt also auch der Mandatsbruch bei der Europäischen Zentralbank. Nur noch Bundesbankpräsident Jens Weidmann stimmte gegen diese radikale Abkehr von der alten Notenbanktugend, die einst von der Bundesbank in Frankfurt vorbildhaft gelebt wurde. Wohl selten hat sich die europäische Isolierung Deutschlands in einer kardinalen Frage so brutal gezeigt.

Die Bundesregierung, allen voran die Bundeskanzlerin und der Bundesfinanzminister, fahren dabei augenzwinkernd eine Doppelstrategie. Offiziell stehen sie auf der Seite des Bundesbankpräsidenten, dessen Haltung in der deutschen Bevölkerung viel Rückhalt findet. Inoffiziell aber goutieren Angela Merkel und Wolfgang Schäuble die Ausputzerrolle der EZB, weil ihnen damit eine ansonsten bald anstehende Aufstockung des ESM oder ein weiteres Griechenland-Rettungspaket erspart wird, für das sie im Bundestag in den eigenen Reihen keine Mehrheit mehr finden würden. Die Doppelstrategie der Bundesregierung manifestiert sich auch – eigentlich ein Treppenwitz – durch die gespaltene Abstimmung der deutschen Vertreter in den EZB-Gremien. Während Weidmann als Mitglied im erweiterten EZB-Rat mit Nein stimmte, sprach sich der deutsche Vertreter im Direktorium der EZB, Jörg Asmussen, für die unbegrenzten Anleihenkäufe aus.

Europa mutiert mit dieser Entscheidung endgültig zur Transferunion. Egal übrigens, wie das Bundesverfassungsgericht am kommenden Mittwoch in Sachen Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM) entscheidet: Der politische Putsch gegen die nationale Souveränität der Mitgliedsstaaten ist gelungen. Statt des Subsidiaritätsprinzips, das jedes Mitgliedsland letztlich verpflichtet, für die eigenen politischen Fehler – Überschuldung etwa und/oder unterlassene Strukturreformen – eigenverantwortlich zu haften, gilt jetzt ein uneingeschränktes Solidarprinzip, das in organisierte Verantwortungslosigkeit mündet. Wir kennen das Grundübel vom innerstaatlichen deutschen Finanzausgleich. Die Geberländer sind weitaus in der Minderheit und können die Fehlanreize des Umverteilungssystems nicht mehr ändern, weil sich die Nehmerländer lieber aushalten lassen.

Das steht Deutschland jetzt in einem nie gekannten Ausmaß in Europa bevor. Eine gigantische Umverteilung zu Lasten der größten Volkswirtschaft droht. Dabei haben gerade die Deutschen über mehr als ein Jahrzehnt hinweg

einen hohen Preis für den wirtschaftlichen Wiederaufstieg gezahlt: Zuerst erzwang der ökonomische Wiedervereinigungsschock Lohnzurückhaltung, Mehrarbeit und Strukturreformen, dann die Euroeinführung. Fast 15 Jahre lang stieg die Kaufkraft der Bundesbürger nicht, während sie speziell in den europäischen Krisenländern teilweise um mehr als 40 Prozent wuchs. Deutschland hat den Preis für die Euroeinführung bereits teuer bezahlt. Jetzt bezahlen wir erneut. Die Geldschwemme der EZB und die Niedrigzinspolitik, die uns auf absehbare Zeit erhalten bleiben wird, führen in die finanzielle Repression. So nennt sich das Phänomen eines negativen Realzinses, mit dem derzeit die Kaufkraft der deutschen Ersparnisse um jährlich zwischen 100 und 150 Milliarden Euro schrumpft.

Während in vielen Kreisen die Sorge vor künftiger Inflation vorherrscht, ist die massive Enteignung der Sparer durch die Niedrigzinspolitik der Notenbanken bereits voll im Gange. Dies stellt die hinterhältigste Strategie der staatlichen Entschuldung dar. Und sie erschüttert ganz nebenbei eine Grundsäule jeder nachhaltig funktionierenden Gesellschaft im Kern: das eigenverantwortliche Sparen für die Unwägbarkeiten des Lebens – für Alter, Krankheit, die Nachkommen.



Oswald Metzger
Einspruch!